

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 86 (2008)  
**Heft:** 4

**Vorwort:** Editorial  
**Autor:** [s.n.]

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Editorial

Am 8. Februar 2009 stimmt die Schweiz über die Weiterführung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit mit der EU und dessen Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien – und damit einmal mehr über «Europa» ab. Die Situation ist paradox: Während ein EU-Beitritt wegen der bilateralen Verträge in weite Ferne gerückt scheint, führt derselbe Bilateralismus zu immer wiederkehrenden europapolitischen Abstimmungen. Die Debatten drehen sich dabei aber nicht um das europäische Projekt an sich, sondern erhitzen sich am Steuerstreit oder Lohndumping.

Letzteres zeigt, dass sich die europapolitischen Positionen auf der Linken etwas verschoben haben: Die «Europhorie» scheint einer gewissen «Euroskepsis» gewichen. Ein zentrales sozialdemokratisches Argument für den europäischen Zusammenschluss lautet: Da die Nationalstaaten im Zuge der Globalisierung immer weniger in der Lage sind, soziale und ökologische Standards real durchzusetzen, muss diese Regulierung der Märkte auf europäischer Ebene erfolgen. Faktisch betreibt die EU jedoch selbst eine Deregulierungspolitik im Geiste des Neoliberalismus, und u.a. daran sind sowohl die Europäische Verfassung in den Niederlanden und Frankreich wie auch jüngst der «Minivertrag» von Lissabon in Irland gescheitert.

«Europa» hat also für die Linke einiges von der visionären Strahlkraft eines sozial-ökologischen Projekts verloren, ohne dass die SP deshalb gleich vom Beitrittsziel abrücken würde. Es genügt aber nicht, den EU-Beitritt allein als Reflex auf den SVP-Isolationismus anzuvisieren. Ein gutes Argument ist in diesem Kontext, dass die Schweiz durch das Abseitsstehen in wichtigen Politikfeldern eben massiv an Souveränität verliert, wie Thomas Christen nachweist.

Das europäische Projekt geht von der Annahme aus, dass der auf den «4 Freiheiten» des Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Finanzverkehrs ruhende wirtschaftliche Zusammenschluss zu einer politischen Union führen werde. Aber führt dies auch zu einer europäischen politischen Identität der Menschen? Offenbar genügt das nicht. Wie Hans-Jürg Fehr darlegt, muss die EU Mehrwerte bieten, um dieses Ziel zu erreichen. Das hat sie zwar in Bezug auf Frieden und Demokratie getan, aber im sozialen und ökologischen Bereich muss sie erheblich mehr unternehmen als bisher. Die Beispiele Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung, Bologna-Reform und Verkehr machen dabei eine eigentümliche Dialektik europäischer Politik sichtbar: Gerade weil EU-Institutionen weit reichende, mitunter bedenkliche Entscheide fällen, gibt es zur europäischen Ebene keine Alternative, will man diese Entscheide positiv beeinflussen.

Die Redaktion